

Scharia wichtiger als Grundgesetz

Moritz Pieczewski-Freimuth 30.4.24

Vergangene Woche veröffentlichte das *Kriminologische Forschungsinstitut in Niedersachsen (KFN)* eine Studie, aus der hervorgeht, dass die Hälfte der befragten muslimischen Schüler einen islamischen Gottesstaat gegenüber der Demokratie vorzieht. Etliche andere Erhebungen förderten in den Vorjahren ähnliche Ergebnisse zutage und bekamen zumeist den Rassismus-Stempel aufgedrückt. An dem Lagebild der Schulen ändert die Diskursbeschränkung nichts. Religiöses Mobbing trifft Mädchen, Andersgläubige, Säkulare und bringt Lehrkräfte in die Bredouille. Was muss getan werden?

Das KFN führte eine Umfrage zu Eigentums- und Gewaltdelikten unter Jugendlichen durch. Insgesamt befragte es 8.539 Schüler, darunter 308 Muslime und Musliminnen. Diverse Medien präsentierten Auszüge der Befragung. Auch wenn die Ergebnisse nicht repräsentativ sind, decken sie sich mit den Eindrücken anderer Erhebungen, wie die von der Forschungsgruppe Weltanschauungen in Deutschland (fowid) oder die des Vereins für Demokratie und Vielfalt in Schule und beruflicher Bildung (DeVi e.V.). Dazu aber später mehr.

Intoleranter Islam bei Schülern hoch im Kurs

67,8 Prozent der befragten muslimischen Schüler bestätigen die Aussage, dass "die Regeln des Koran wichtiger sind als die Gesetze in Deutschland." Als Krisenlösung bietet sich die muslimische Religion mit der These "Nur der Islam ist in der Lage, die Probleme unserer Zeit zu lösen" für 51,5 Prozent der Jugendlichen an. Dass ein Kalifat die beste Staatsform darstellt, davon sind 45,8 Prozent der Befragten überzeugt. Demgemäß finden 36,5 Prozent: "Die deutsche Gesellschaft sollte stärker nach islamischen Regeln gestaltet werden". Und dafür sind bei der Missionierung 18,1 Prozent, im Fall westlicher "Bedrohung" 21,2 Prozent oder bei Prophetenbeleidigung 35,3 Prozent zur Anwendung von Gewalt bereit.

Im Anschluss an die Studie wandte sich ein Beamter des polizeilichen Staatsschutzes an die Presse.

Scharia wichtiger als Grundgesetz

Dieser berichtete von Fällen besorgter Eltern, deren christliche Kinder aus Anpassungsdruck zum Islam konvertieren wollen. Provokativer muslimischer Bekenntniszwang ist kein neues Phänomen. Durch eine zahlenmäßig veränderte religiöse Konstellation an Schulen tritt dieser stärker zu Tage. Allerdings wurden Warn- und Weckrufe von Pädagogik- sowie Integrationsexperten wie Ahmed Toprak, Ahmad Mansour oder Naila Chikhi ignoriert und als "muslimfeindlich" weggecancelt. Nun fällt die gegenwärtige Bestandsaufnahme den Politikern erneut auf die Füße.

2017 kam der Pädagoge Felix Kruppa in einer Nordrhein-Westfalen-bezogenen Studie, die bei *fowid* veröffentlicht wurde, zu dem Ergebnis, dass muslimische Jugendliche bei antiaufklärerischen und antiliberalen Positionen deutlich überrepräsentiert sind. Religiösen Gesetzen wurde von muslimischen Schülern zu dieser Zeit schon ein signifikant höherer Stellenwert beigemessen als von christlichen Schülern. 2021 sorgte dann das Lagebild "Konfrontative Religionsbekundungen" des Berliner Vereins *DeVi*, an dem die *hpd*-Autorin Naila Chikhi mitgewirkt hat, für Aufsehen: 90 Prozent der befragten Neuköllner Schulen berichteten von regelmäßigen Vorfällen mit islamisch konnotiertem Gruppenzwang oder patriarchaler Unterdrückung von Mädchen im Namen der Ehre.

Mittlerweile findet man in Ballungszentren wie Duisburg, Essen, Berlin oder Köln Schulklassen vor, die einen 80-prozentigen Anteil von muslimischen Schülern haben. Der sich ohnehin tendenziell fundamentalistisch entwickelten, dritten oder vierten Generation von Gastarbeiter-Kindern setzte sich eine relevante Quote von archaisch sozialisierten, jüngst geflüchteten Jugendlichen obenauf.

Jugendliche Sittenwächter

Aus eigener Erfahrung als Pädagoge mit langer Kenntnis im Bildungs- und Migrationsbereich weiß ich, wie die Gemengelage an Schulen aussieht und stehe regelmäßig in Kontakt mit Lehrern, Eltern, der Polizei und dem Jugendamt. Der Islam hat unter Jugendlichen an unglaublicher Attraktivität dazugewonnen und versetzt den Lehralltag in permanenten Stress.

Scharia wichtiger als Grundgesetz

Für Schüler erfüllt die strenge muslimische Religiosität oft zwei Funktionen: Zum einen ist sie ein Orientierungsspendender in adoleszenten Identitätsfindungsphasen; zum anderen ist der radikale Islam ein konformistisches Distinktionsmerkmal mit erhobenem Zeigefinger an die eigenen Eltern: "Ich habe, im Gegensatz zu Euch, meinen Glauben nicht verloren." In Anlehnung an Freuds Konzept vom Über-Ich prägt der tunesisch-französische Psychoanalytiker Fethi Benslama für diesen Typus den Begriff des "Über-Muslims".

Außerdem manifestiert sich mit dem Konfliktthema "Islam" in der sozialen Arena Schule das, was eine ganze Generation von muslimischen Jugendlichen vom TikTok-Imam oder Koranschulen-Hodscha täglich an desintegrierenden Werten eingepflegt bekommt. Salafistische Influencer wie Ibrahim El-Azzazi alias Sheikh Ibrahim oder Ahmad Armih alias Abul Baraa erreichen auf Social Media Tausende bis Millionen Follower. Mit eindringlichen Botschaften, gefährlichem Schwarz-Weiß-Denken, antisemitischen Welterklärungen und reaktionären Rollenbildern indoktrinieren sie zahlreiche Jugendliche und schwören sie auf eine Segregation von der Mehrheitsgesellschaft ein. In der analogen Koranschule sieht das vermittelte Normengerüst nicht anders aus: Alle muslimischen Institutionen in Deutschland, bis auf die Seyran-Ateş-Moschee in Berlin, weisen schwere Demokratie-Defizite auf und hängen nahezu unisono am ideologischen sowie finanziellen Tropf der autoritären Herkunftsländer.

Ich erlebe Jugendliche, die sagen, dass sie für die "Ehre" ihrer Schwester töten würden und Lehrer, deren Schüler Israel von der Landkarte streichen und "Jude" als gängiges Schimpfwort verwenden. Ebenfalls sind mir eigentlich religionsfreie Schüler bekannt, die aus "Solidarität" mit ihren muslimischen Klassenkameraden fasten und säkulare Muslime, die vor lauter Gruppenzwang vortäuschen müssen, dass sie den Ramadan befolgen. Besonderer Druck lastet auf junge Frauen: Aus Angst, nicht als "Hure" (*Kahba*) denunziert zu werden, befolgen Schülerinnen die mal subtil, mal offensiv von muslimischen Jungs geäußerten Kleidungs Vorschriften. "Sittsam" gekleidete Mädchen verbreiten gleichfalls in die andere Richtung eine Wirkung. So sagte mir eine deutsch-deutsche Schülerin, dass sie sich neben ihren verschleierten Klassenkameradinnen als "wertlos" und "schlampig" empfinde.

Scharia wichtiger als Grundgesetz

Lehrkräfte am Limit

Auch für Lehrkräfte wird der Unterrichtsablauf durch die Herausforderung "Islamismus" nicht selten torpediert. Im Zentrum der Anstrengungen stehen Zerwürfnisse mit Eltern und Moscheevereinen um den Sport-, Schwimm- und Biologieunterricht, die Sexualkunde, das Fach "Religion", Klassenfahrten oder Schulausflüge. Häufig liegt das Problem in der koedukativen Handhabung des Schulalltages, die als Verletzung religiös oder ehrkulturell definierter Schamgrenzen erachtet wird. Dann bestehen abstruse Vorstellungen, dass bei Leibesübungen das mystische Hymen der Tochter reißen kann oder Anreize entstehen, die Jugendliche zum Geschlechtsverkehr motivieren können. Die sexuelle Bildung würde frühsexualisieren und "falsche Gedanken" wecken. Im Fach Biologie widerspricht die Evolutionslehre der koranischen Überlieferung. Über den Islam, zum Beispiel im Religionsunterricht, dürfe nur jemand sprechen, der laut konservativen Eltern oder orthodoxen Moscheeverbänden auch dazu befugt sei.

Integrationspolitischer Kniefall

Nicht wenige Schulen oder Lehrkräfte knicken bei dieser Belastung ein, weil sie interkulturell überfordert sind, sie nicht als Islamfeinde gelten möchten oder ihnen die pädagogischen Instrumente fehlen. Die Behandlung des Nahostkonflikts wird umschifft, weil man mit den emotionalen bis hin zu aggressiv judenfeindlichen Äußerungen von Schülern nicht umgehen kann. Ein Gedenkstättenbesuch wird aus falscher Rücksichtnahme oder aus "gut gemeintem" Rassismus nur für deutsch-deutsche Schüler geplant, da es ja "nicht die Geschichte der Muslime" sei, die dort reflektiert werde. Lehrkräfte sind mit Entschuldigungsschreiben aus "religiösen Gründen" von Eltern inklusive Moschee-Stempel für die Absenz ihrer Tochter vom Schwimmunterricht oder von der Klassenfahrt konfrontiert. Bei Gewalt in der Erziehung wird auch mal ein Auge zugeedrückt, weil man es ja mit einer anderen Kultur zu tun habe. In Hessen und NRW ist die *Ditib*, der "verlängerte Arm Erdoğan", Kooperationspartner für den muslimischen Religionsunterricht.

Scharia wichtiger als Grundgesetz

Obwohl ihm die Studienergebnisse aus Niedersachsen schon hätten vorliegen müssen, sprach Innenminister Herbert Reul letzte Woche vom "Einsickern" des Rechtspopulismus in die Gesellschaft, klammerte allerdings die selbsternannten Scharia-Polizisten einer Neusser Schule in seinem Bundesland Nordrhein-Westfalen aus. Islamismusexpertin Sigrid Herrmann beklagt seit Jahren, dass unter anderem mit Reuls Segen Salafismus-Präventionsprogramme laufen, die selbst mit *Muslimbrüdern* paktieren und deren Ergebnisse unzureichend evaluiert werden.

Schule braucht einen Masterplan

Durch ein "Weiter so" und das Abwarten bis zur nächsten besorgniserregenden Studie verlieren wir nicht nur einen, sondern dutzende Jahrgänge an jungen Frauen und Männern, die mitunter die Zukunft der Gesellschaft managen sollen. Im Hinblick auf die demografische Entwicklung und anhaltende Migrationsprozesse ist 2050 mit einem Anteil von circa 10 Prozent Muslimen in Deutschland zu rechnen. Dass sich dieser Prozentsatz an Menschen zum Islam bekennt, ist nicht problematisch. Die Schwierigkeit liegt darin, welches Islamverständnis dominieren wird. Gegenwärtig erleben wir eine Hochkonjunktur des Politischen Islam.

Die Demokratie darf ihr Interesse an der Förderung von mündigen Bürgern nicht aufgeben und die Schule ist der Lernort, wo das Fundament für die liberale Gesellschaft gelegt wird.

Ein Werkzeug, das sicherlich kein Allheilmittel darstellt, aber eine Kehrtwende der Integrationspolitik einläuten kann, wurde 2019 von der Frauenrechtsorganisation *Terre des Femmes* vorgeschlagen: Die Forderung nach einem **Verbot des Kinderkopftuches** an Schulen soll keine Diskriminierung von muslimischen Mädchen forcieren, sondern im Gegenteil die Benachteiligung durch die eigene Community abbauen und eine Entwicklung ankurbeln, die auch den muslimischen Brüdern guttun würde. Mit dem partiellen Kopftuchverbot eröffnet sich die Chance, zumindest im Schulalltag "den Kopf frei zu haben". Damit brechen gleichzeitig das patriarchale Korsett von Ehre und Schande sowie die kontrollpflichtigen Innen- und Außenbereiche der Familie zusammen.

Scharia wichtiger als Grundgesetz

Der sich abzeichnende Trend des Bildungsaufstieges von jungen Mädchen aus islamischen Familien würde Aufwind erfahren, wie das Beispiel Frankreich zeigt. Und Jungs wären von dem Rollenbild befreit, die sexuelle Unversehrtheit weiblicher Familienmitglieder zu jeder Zeit und an jedem Ort zu verteidigen.

Ebenfalls muss die Macht des eindimensionalen Denkens gebrochen und jugendlichen Ambiguitätstoleranz schmackhaft vermittelt werden. Der beste Resilienzfaktor gegen Extremismus ist kritisches Hinterfragen. So kann ein bekenntnisübergreifender, weltanschaulich-neutraler **Ethikunterricht** lebensweltliche, politische und spirituelle Fragen von Jugendlichen thematisieren, bevor sie in die Fänge von TikTok-Hasspredigern geraten. Dafür braucht es regierungsamtliche Rückendeckung. Der Niedergang des Berliner Neutralitätsgesetzes ist dabei keine gute Voraussetzung.